Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 1 (1921-1922)
Heft: 2

Artikel: Die Zollpolitik des Bundesrates
Autor: Huggler, August
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-328149

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

daß man nicht den Schein für die Wirklichkeit hält und daß man nicht im Streit um revolutionäre Glaubenssätze den wirklich revolutionären Klassenkampf mit dem Gegner, mit dem Kapitalismus, vernachlässigt, wenn nicht gar übersieht.

Die Zollpolitik des Bundesrates.

Von August Huggler.

1. Die Tragweite der Zollerhöhungen.

Ohne im eigentlichen Sinne des Wortes freihändlerisch zu sein, sieht sich die Sozialdemokratische Partei der Schweiz gezwungen, die Zollpolitik, wie sie gegenwärtig vom Bundesrat betrieben wird, aufs schärfste zu bekämpfen. Mußte man einer Regierung gegenüber, die mit Fug und Recht als Instrument der wirtschaftlich Mächtigen des Landes bezeichnet werden darf, sich auf allerhand gefaßt machen, so übertrifft das, was nun der Bundesrat dem Bauernbund und Gewerbeverband zulieb sich in Ausübung seiner Vollmachten auf dem Gebiet der Zollerhöhungen leistet, die schlimmsten Befürchtungen. Sowohl in der vorberatenden Kommission als im Rat selbst hat man die Gegner der neuesten Zollerhöhungen zu täuschen versucht und vielfach tatsächlich getäuscht. Wie ist das möglich? So etwas sollte doch in einer anständigen Demokratie nicht vorkommen. Man hat versucht, durch einseitige Darstellung der Importziffern bei den naiveren Kommissionsmitgliedern den Eindruck zu erwecken, daß ohne starke Zollerhöhungen und Einfuhrbeschränkungen die inländische Produktion in kürzester Zeit den Inlandsmarkt an die ausländische Konkurrenz verlieren müsse. Daß der inländische Handel schon lange vorher sich große Vorräte an Valutawaren angelegt hatte, blieb ebenso verschwiegen, wie die Tatsache, daß ein ansehnlicher Teil der importierten Produkte wieder ins Ausland wandert.

Die Gegner der bundesrätlichen Vollmacht zur Dekretierung von Zollerhöhungen sind in der Kommission und im Rat insofern getäuscht worden, als in der Kommission die bestimmte Erklärung abgegeben wurde, die neuen Zollansätze sollen nur ausnahmsweise den anderthalbfachen Betrag der alten übersteigen und dem Nationalrat ist die Zusicherung gegeben worden, der Bundesrat werde einen mäßigen Gebrauch von seinen Kompetenzen machen. Wie sehr die Begriffsbestimmung über das, was für den Bundesrat mäßig heißt, von unserer Auffassung abweicht, soll an Hand praktischer Beispiele gezeigt werden:

Alte und neue Zollansätze für einzelne zur Lebenshaltung notwendige oder für die Volkswirtschaft wichtige Produkte.

Zolltarif Nummer	Bezeichnung der Ware: per 100 Kilo	Zollansätze: 1906 Generaltarif Fr.	alt Gebrauchstarif Fr.	neu Gebrauchstarif Fr.	Differenz %
	1. Nahrungs- und Genußmittel				
1–7	Weizen, Roggen, Hafer, Gerste, Reis, Mais u. andere Getreidearten .	–.30	–.30	–.60	100
8–10	Bohnen, Erbsen u. andere Hülsenfrüchte.	–.30	–.30	–.90	200
18	Mehl in Gefäßen v. 5 Kilo und weniger	20.—		40.—	100
19	Kindermehl	20.—		50.—	150
20	Brot	2.—	frei	5.—	150
21	Zwieback	15.—	„	40.—	166
23	Obst u. Beeren frisch . .	frei	„	2.—	—
35	Kastanien	1.—	–.30	5.—	400
36a)	Zitronen	15.—	frei	5.—	—
36b)	Orangen	15.—	„	15.—	—
40a)	Kohl, gelbe Rüben, frisch	frei	„	3.—	—
40b)	Andere Gemüse, frisch .	„	„	10.—	—
41	Konserv. Gemüse, offen .	10.—	5.—	15.—	50
45	Kartoffeln	frei	frei	2.—	—
46	Gewürze, nicht gemahlen	15.—		50.—	233
47	„ „ „	20.—		80–100	300–400
54	Kaffee, roh	2.—	1.—	5.—	150
55	„ gebrannt	10.—	5.—	12.—	20
58	Tee in Gefäßen v. 5 Kilo und mehr	25.—		50.—	100
59	Tee in Gefäßen v. 5 Kilo und weniger	40.—		75.—	88
71	Honig	40.—		120.—	300
72/73	Speiseöle in Gefäßen von mehr als 10 Kilo . .	2—3		10.—	200–400
76a)	Kalbfleisch, frisch geschlachtet	17.—	15.—	45.—	164
76b)	Schweinefl., „ „	17.—	10.—	70.—	311
76c)	anderes „ „	17.—	10.—	35.—	105
77c)	Gefrierfleisch		15.—	40.—	—
77a)	Schinken	20.—	14.—	75.—	260
80	Wurstwaren	35.—	20.—	75.—	113
86	Eier	5.—	1.—	15.—	200
92	Kondensmilch	7.—		15.—	114
93	Butter, frisch	15.—	7.—	20.—	33
95	Schweineschmalz	5.—		20.—	300
98/99	Käse	12–20	4–10	20.—	
137–139	Schlachtvieh (Ochsen, Kühe, Rinder), per Stück . .	50.—	27–30	80=100	60=100
143–144	Schweine, per Stück . .	15.—	10.—	40=50	233=250

Die vorstehende Tabelle zeigt recht deutlich, wie der Bundesrat in der Ausübung seiner Vollmachten bei der Festsetzung von Zollerhöhungen auf wichtigen Nahrungsmitteln sein Versprechen gehalten hat. Die Zollerhöhungen betragen nur ausnahmsweise weniger als 150 Prozent gegenüber dem Generaltarif, wie er im Gesetz des Jahres 1902 vorgesehen ist. Wenn wir die Ansätze des Gebrauchstarifes als Vergleichsbasis wählen, wodurch erst die praktische Wirkung der neuesten Zollerhöhungen deutlich sichtbar wird, dann kommen Steigerungen um 300 und 400 Prozent als Regel für diese Positionen in Betracht!

Aber auch für alle anderen Bedarfsartikel muß der Konsument dem Bund einen wesentlich höheren Tribut entrichten. Hiefür sprechen die folgenden Beispiele:

Bezeichnung der Waren: per 100 Kilo	Bisheriger Gebrauchstarif Fr.	Neuer Tarif Fr.
Leder	16—24	50—75
Schuhe (aus Rind- und Kuhleder)	65.—	180.—
„ (aus Kalbleder)	80.—	240.—
Bauschreinerwaren	10.—	25.—
Fässer	6.—	25.—
Papier, roh	5.—	15.—
„ liniert	12.—	35.—
Wollgewebe	30—36	90—120
Wollbänder	65.—	200.—
Hemden aus Baumwolle	90.—	300.—
Andere Leibwäsche	90—130	300.—
Kleidungsstücke für Herren und Knaben:		
aus Baumwolle	75.—	200.—
aus Wolle	140.—	400.—
Kleidungsstücke für Damen:		
aus Baumwolle	90.—	300.—
aus Wolle	150.—	400.—
Hüte aus Stroh	200.—	420.—
„ „ Haarfilz	225.—	520.—
„ „ Wollfilz	160.—	420.—

Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß auch Bedarfsartikel wie z. B. Nähmaschinen, Kinderwagen u. dgl. um zirka 300 Prozent gegenüber dem bisherigen Gebrauchstarif erhöht wurden.

2. Weitere Lasten.

Genug des grausamen Spiels, mag der arme Konsument ausrufen, wenn er diese Zahlen auf sich einwirken läßt. Leider ist das, was in unseren Vergleichen dargestellt wird, nicht die ganze Mehrbelastung, die der Konsument wird tragen müssen. Die Verpackung muß mitverzollt werden. Zu den erhöhten Zoll-

ansätzen kommen diverse Gebühren für Einfuhrbewilligung, deren Tragweite wir nicht präzisieren können. Ferner ist mit der Tatsache zu rechnen, daß der inländische Handel nicht nur die Differenz der höheren Zölle auf den Warenpreis schlägt, sondern er rundet auf, soviel als ihm die Konkurrenzverhältnisse aufzurunden gestatten. Die höheren Zölle und mit diesen zusammenwirkend die Einfuhrbeschränkungen und Einfuhrverbote gestatten unseren Händlern aufzurunden, was das Zeug hält.

Jedenfalls wird jetzt jedermann klar, warum es mit dem Preisabbau nicht vorwärts geht, warum sogar schlechte Valutaware viel zu teuer bezahlt werden muß.

Das alles gilt für die Konsumenten allgemein. Für die Arbeiterbevölkerung im besonderen kommen für die Beurteilung der Wirkungen solcher Maßnahmen noch eine Reihe besonderer Faktoren in Betracht.

Zunächst die Tatsache, daß die Zollerhöhungen uns in der Zeit einer Wirtschaftskrise treffen, wie sie schärfer die schweizerische Volkswirtschaft noch nie heimgesucht hat.

Heute zählen wir schon über 150,000 ganz oder teilweise Arbeitslose, bald werden es 200,000, wenn nicht mehr sein. Diese Arbeitslosen, von denen ein großer Teil noch für Familienangehörige zu sorgen hat, müssen aus Unterstützungsgeldern und aus Gelegenheitsverdienst, d. h. mit wesentlich geringerem Verdienst leben, als vorher bei voller Beschäftigung. Aber nicht nur die ganz oder teilweise Arbeitslosen, auch die überwiegende Mehrzahl der übrigen, d. h. vollbeschäftigten Arbeiterschaft, erleidet starke Verdiensteinbuße infolge des Lohnabbaues. Die Krise schafft den Unternehmern oder Arbeitgebern die erwünschte Gelegenheit, die Arbeitslöhne herabzusetzen. Die Arbeiterpresse bringt seit Monaten immer wieder Klagen über Lohnreduktionen, die in einzelnen Fällen mehr als 30 Prozent der früheren Löhne ausmachen. Geängstigt durch die Gefahr, entlassen zu werden, wagt der einzelne Arbeiter nicht, sich gegen solche Maßnahmen energisch zu wehren. Angesichts der Krise und der großen Zahl von Arbeitslosen sind auch die größten Gewerkschaften kaum mehr imstande, sich in umfangreiche Kämpfe mit den Unternehmern einzulassen. In dumpfer Verzweiflung müssen Tausende zusehen, wie ihre Lebenslage sich von Tag zu Tag verschlechtert, weil durch die Wirkungen der Krise und der neuesten Maßnahmen des Bundesrates Unternehmer und Kapitalisten, Bauern und gewerblicher Mittelstand ihre Positionen letzten Endes auf Kosten des Proletariats retten. Wie weit den besitzenden Klassen ihre eigene Rettung auf solche Weise gelingen wird, ist eine Frage für sich. Sicher ist jedenfalls, daß die besitzlose Bevölkerung, daß die Arbeiter unter solchen Zuständen unsäglich leiden müssen.

3. Wozu die hohen Zölle?

Wenn infolge der direkten und indirekten Wirkungen solcher Maßnahmen die Kosten der Lebenshaltung einer Familie um 300 und mehr Franken pro Jahr verteuert werden oder die ärmeren Familien gezwungen werden, ihre Lebenshaltung derart einzuschränken, daß sie im vollen Sinne des Wortes Not leiden, darf mit Recht die Frage aufgeworfen werden: Welche Motive hat der Bundesrat, um eine solche Politik zu rechtfertigen? Auf diese Frage antwortet der Bundesrat mit zwei Hauptargumenten:

1. Schutz der einheimischen Produzenten vor der ausländischen Konkurrenz;
2. Notwendigkeit der Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts im Bundeshaushalt.

Es widerspricht zwar der elementarsten Logik in der Beurteilung der Wirkungen zollpolitischer Maßnahmen, daß solche gleichzeitig als Schutzzölle und als Finanzzölle wirken können. Schraubt man die Zollansätze so hoch, daß sie die ausländische Konkurrenz fernhalten, dann kommt eben nichts herein und die Zollkassen bleiben leer. Will man viel Geld aus den Zöllen gewinnen, dann dürfen nur solche Produkte mit hohen Ansätzen belastet werden, die im Inland nicht oder in so geringer Menge hergestellt werden, daß der Import durch die erhöhten Zölle nicht stark behindert wird. In diesem Falle bleibt die Schutzwirkung für die inländische Produktion aus.

Um so einfache Dinge scheint sich der Bundesrat nicht zu kümmern.

Daß die Krise und die Valutamisere für Industrie und Gewerbe außerordentlich schwierige Verhältnisse zeitigen, ist klar, aber ebenso klar ist, daß noch nie eine Wirtschaftskrise durch Einfuhrbeschränkungen oder Zollerhöhungen beseitigt werden konnte. Das letztere gibt übrigens der Bundesrat selber zu, indem er in seiner Botschaft vom 24. Januar 1921 sich über diese Seite der Frage wie folgt äußert:

„Soweit auch die schweizerische Produktion unter dieser allgemeinen Weltkrisis leidet, kann ihr auch durch Einfuhrbeschränkungen nicht wesentlich geholfen werden.

Einfuhrbeschränkungen können ferner den eigentlichen Exportindustrien, die zum überwiegenden Teil auf die Ausfuhr angewiesen sind, keine nachhaltige Hilfe bringen. Wenn eine Exportindustrie allerdings noch in erheblichem Maße für den Inlandsverbrauch arbeitet, kann für sie die Krisis durch Schutz des Inlandsmarktes einigermaßen gemildert werden. Aber gerade die Rücksicht auf die spezifischen Exportindustrien bedingt große

Schwierigkeiten der Einfuhrbeschränkungen, die in den internationalen Handelsbeziehungen begründet sind. Wenn auch allgemein die Verhältnisse während des Krieges dazu geführt haben, daß von einzelnen Staaten mit Rücksicht auf die heimische Volkswirtschaft gewisse Modifikationen an den Bestimmungen der Handelsverträge vorgenommen werden, ob der beabsichtigte Schutz eines Gewerbes, das für den Inlandsmarkt fabriziert, nicht zu teuer erkauft wird mit der Gefährdung einer Industrie, die auf den Export angewiesen ist. Einfuhrbeschränkungen können eventuell den für die ganze Volkswirtschaft so außerordentlich wichtigen Preisabbau hemmen oder mindestens verlangsamen."

Was der Bundesrat da sagt, gilt nicht nur für Einfuhrbeschränkungen (Kontingentierung und -Verbot), sondern ebensosehr für die Zollerhöhungen. Was der Bundesrat nur indirekt andeutet, das sind die Gegenmaßnahmen des Auslandes, die unsere Exportindustrie treffen und die zu einer Verschärfung der Krise führen müssen. Was er nicht sagt, das ist, daß, wenn Zollerhöhungen und Einfuhrbeschränkungen den Preisabbau hindern und die Arbeitslosigkeit vermehren, die Kaufkraft der Arbeiterbevölkerung derart zurückgeht, daß dadurch ein neues, die Krise verschärfendes Element entsteht.

Nachdem der Bundesrat sowohl in den Kommissions- wie in den Ratssitzungen auf diese Wirkungen seiner Zollpolitik aufmerksam gemacht und namentlich von den Vertretern der Sozialdemokratischen Partei eindringlich gewarnt wurde, nachdem er in seiner Botschaft selber das Gefährliche seiner Maßnahmen anerkennt, darf mit Recht behauptet werden:

Die Krise und die Furcht der inländischen Produzenten vor der Uebermacht der ausländischen Konkurrenz dienten lediglich als Vorwand, um die beabsichtigten Zollerhöhungen durchzudrücken. Daß damit die Krise wesentlich gemildert werden könnte, glaubt der Bundesrat selber nicht.

Die Einfuhrbeschränkungen sollten dazu dienen, die Gewerbetreibenden, die Industriellen und Kleinkrämer für die Zollerhöhungen zu gewinnen. Dabei glaubte der Bundesrat, nicht nur ein politisches Geschäft für sich, ein wirtschaftliches für die Bauern, sondern gleichzeitig ein fiskalisches Geschäft zugunsten der Bundesfinanzen zu machen.

Was den letzteren Punkt anbetrifft, so hat es bis jetzt den Anschein, daß sich der Bundesrat verspekuliert habe.

Nach den neuesten Meldungen wären die Zolleinnahmen für den Monat August 1921 um mehr als zwei Millionen niedriger als für den gleichen Monat des Vorjahres, für die 8 Monate Januar bis August 1921 soll eine Mindereinnahme aus Zöllen um 7 Millionen (rund) gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen sein.

Wo will nun Herr Bundesrat Musy die 130 Millionen hernehmen, die ihm die Zollerhöhungen bringen sollten? Die Sache sieht bedenklich aus!

Sicher ist, daß, abgesehen von vereinzelten kleinen, d. h. für die gesamte Volkswirtschaft unbedeutenden Berufsgruppen, eigentlich nur zwei größere Wirtschaftsgruppen aus den Einfuhrbeschränkungen und Zollerhöhungen Vorteil zogen.

Es sind die Händler, die schlau genug waren und Geld oder Kredit genug hatten, um vor Inkrafttreten dieser Maßnahmen große Mengen Auslandswaren zu importieren, ferner die Bauern, denen die Wirtschaftskrise bisher nur wenig anhaben konnte.

Die ersteren, die als rücksichtslose Ausbeuter des Volkes jede Gelegenheit ausnützen, um sich zu bereichern, verdienen den besonderen Schutz des Staates nicht, im Gegenteil, sie hätten gezwungen werden sollen, ihre Ware zu billigeren Preisen abzugeben.

Was die Bauern anbetrifft, so erscheint ihr Begehren auf vermehrten Schutz durch hohe Zölle auf Lebensmitteln und landwirtschaftlichen Produkten zurzeit um so mehr ungerechtfertigt, weil die schweizerische Landwirtschaft während der Kriegsjahre ihre Existenzlage bedeutend verbessert hat, weil sie auch für die nächsten Jahre noch mit einer relativ günstigen Konjunktur rechnen darf, jedenfalls von den Wirkungen der Krise viel weniger bedroht wird als die Bevölkerung der Industriezentren, endlich, weil der Schutz, der ihr durch das Mittel der Zollerhöhungen gewährt wird, vorwiegend auf Kosten einer Volksschicht geht, die sich in einer sehr schlimmen Lage befindet, nämlich auf Kosten der Lohnarbeiter.

4. Was nun?

Es genügt nicht, zu kritisieren, man soll auch sagen, wie es besser gemacht werden kann. Diese oft gehörte Bemerkung trifft uns zwar nicht, denn wir haben seit Jahren den Bundesrat — leider vergeblich — gemahnt, ganz andere Maßnahmen zu treffen, als die eben kritisierten.

Wenn die Sozialdemokratie gegen Finanzzölle sich ausspricht und dies von jeher getan hat, so nicht deshalb, weil sie dem Staat die zur Erfüllung seiner Aufgaben notwendigen Mittel vorenthalten will, sondern deshalb, weil die Finanzzölle indirekte Steuern sind, die am schwersten die großen Familien treffen, die vom armen Teufel ebensoviel fordern wie vom reichen Manne. Dieses Unrecht werden wir stets bekämpfen. Wir werden stets auch gegen Zollgesetze kämpfen, die auf dem Weg dringlicher Bundesbeschlüsse unter Mißachtung des Referendumsrechtes geschaffen wurden. Vor Jahren, als noch sehr viel von den besitzenden

Klassen zu holen war, hat die Sozialdemokratie die direkte Bundessteuer, Kriegsgewinnsteuer, Abgabe von großen Vermögen u. dgl. gefordert. Ferner haben wir das Tabakmonopol zur Finanzierung sozialer Werke verlangt.

Abgesehen von der zu spät beschlossenen und sehr mäßig gehaltenen Kriegsgewinnsteuer hat der Bundesrat selber gegen unsere Forderungen Stellung genommen. Heute sind rund 86,000 Unterschriften für die Initiative auf Vermögensabgabe beisammen, was den Bundesrat nicht hindern wird, gegen diese Initiative sich auszusprechen.

Seit Jahren haben wir immer wieder den Bundesrat ersucht, den Handel zu kontrollieren, eventuell durch Zwangsmaßnahmen ihn zum Preisabbau zu zwingen. Heute bricht sich in einzelnen Kreisen des Bürgertums die Einsicht Bahn, daß mit dem Preis- und Profitabbau begonnen werden muß, wenn ein Ausweg in der Richtung der Verbilligung der Produktion gefunden werden soll.

Ist es unsere Schuld, wenn die Einsicht so spät kommt, wenn man bisher über unsere Begehren gespottet hat? In den Kellern der Nationalbank liegen etliche hundert Millionen Metallgeld, die nur dazu dienen, unsere Valuta hochzuhalten. Warum nicht einen Teil dieses Geldes für die Erstellung billiger Wohnungen ausleihen zu billigem Zins, eventuell zinsfrei? Warum nicht das Kapital im Interesse des Volkswohls mobilisieren, durch Zwangsanleihen die Mittel beschaffen, um der bedrängten Industrie zu Hilfe zu kommen? Warum nicht die Militärausgaben einschränken und die dadurch gewonnenen Mittel zur Hilfeleistung für Notleidende verwenden?

Das alles kümmert die herrschenden, die besitzenden Klassen unseres Landes wenig, so lange die Sozialdemokratische Partei zu schwach ist, sie zu zwingen, diesen Forderungen Gehör zu schenken, weil die Mehrheit der Arbeiterschaft keine Zeit oder „Wichtigeres" zu tun hat, als sich politisch zu organisieren und für ihre gemeinsamen Interessen mit dem organisierten Proletariat zu kämpfen.

Es genügt nicht, daß einige Zehntausend sich im Kampf um die Existenz ihrer Klasse aufopfern. Die Erfahrungen, die wir jetzt mit der Zollpolitik des Bundesrates machen müssen, beweisen, daß die besitzenden Klassen so lange nur ihren eigenen Interessen entsprechend handeln, als die mehrere hunderttausend uns fernstehenden Arbeiter und Arbeiterinnen gar nicht daran denken, uns zu helfen.

Sich organisieren, mit uns kämpfen oder in Not und Elend zugrunde gehen, das ist die Alternative, vor die der Lohnarbeiter heute gestellt ist, in der Schweiz wie in anderen Ländern!